Interessenvertretungen bei der Europäischen Union

KNUT DIEKMANN

Ein turbulentes Jahr in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft hat die Interessenvertretungen mit unterschiedlichen Entwicklungen konfrontiert. Aufgrund der Debatte und der Vorbereitung der Entscheidungsfindung für die Agenda 2000 ist es zu einem Machtkampf der Interessen gekommen. Zudem ist das Lobbying in der öffentlichen Meinung in den Sog der Themenkomplexe Korruption, Vetternwirtschaft und Amtsmißbrauch geraten, was die Arbeit der Interessenvertreter erschwert hat. Dies verpflichtet Lobbyisten und Entscheidungsfinder zu mehr Vorsicht und Diskretion bei ihrer Zusammenarbeit.

Verfeinerte Rahmenbedingungen für die Arbeit der Interessengruppen

Im Zuge der Transparenzverpflichtung des Amsterdamer Vertrages (Art. 207 und 255 EGV; Art. 34 EUV) sowie der eigenen Bemühungen um mehr Effizienz hat sich die Europäische Kommission einer Reihe von Selbstverpflichtungen unterworfen. Diese bestehen in der Aufstellung von zwei Verhaltenskodexen für die Kommissare und deren Verhältnis zu den Dienststellen. Die Vorbereitung des Kodexes für Beamte und für ihren Umgang mit der Öffentlichkeit und den Interessenvertretern durch das Generalsekretariat konnte aufgrund interner Meinungsverschiedenheiten noch nicht abgeschlossen werden. Training und berufsethische Regeln für den Kontakt mit Interessenvertretern sind ebenso Programmpunkt des zentralen Reformkonzeptes „Kommission 2000" .[1]

Durch die Serie von Skandalen um die externen Dienstleister ist eine Quelle politischen Inputs in Mißkredit geraten, die besonders für die Abwicklung der Gemeinschaftsprogramme Gewicht hat. Ihre partielle Diskreditierung in der Öffentlichkeit korrespondiert mit der Verschlechterung des Verhältnisses zu den EU-Bediensteten. Es ist zu befürchten, daß ihre praktischen Erfahrungen so weniger in die Planung für zukünftige Mitteilungen eingehen. Dies entspricht auch der schärferen Kontrolle der technischen Hilfebüros durch die Kommission, was durch neue Verhaltenskodexe dokumentiert wird.[2] Nicht-kommerzielle Organisationen europäischen Interesses werden aber weiter unterstützt.

Das Europäische Parlament (EP) unterstützt mehrheitlich die Fixierung eines Kernbestands an Verhaltensmaßregeln auf Seiten der Verwaltung, den die einzelnen EU-Institutionen noch verschärfen können.[3] Ergänzt wird dies durch die Forderung nach dem Beitritt aller EU-Agenturen zum Verhaltenskodex.[4] Zum Ende der laufenden Legislaturperiode versuchte das EP zudem, zu einer verfeinerten Detail-

regelung des eigenen Umgangs mit Interessengruppen zu kommen, dazu ist die Pflicht der Abgeordneten zur öffentlichen Anzeige ihrer finanziellen Interessen verschärft worden. Bei interfraktionellen Arbeitsgruppen und anderen inoffiziellen Gruppen konnten nur die Vorsitzenden zur Anzeige auswärtiger Unterstützung für eben diese Gruppen verpflichtet werden; schließlich blieb die Initiative zur Regelung des Status von Assistenten stecken, für die ein Verbot des gleichzeitigen Lobbyings vorgesehen war.[5]

Die nationalen Parlamente der 15 Mitgliedstaaten haben ihre in Amsterdam verbrieften Rechte erfolgreich ausgedehnt. So steuern sie den Aufbau eines virtuellen Parlamentes an, in dem alle 4.847 Abgeordnete in Europa über europäische Fragen diskutieren können.[6] Zum anderen haben sich Vertretungsbüros nationaler Parlamente etabliert, die vom EP logistische Unterstützung erhalten. Bislang haben sich die Parlamente von Dänemark, Finnland, Italien und Frankreich dazu entschlossen. Ihre Zielsetzung besteht in der Überwachung der eigenen Regierungen bei Verhandlungen auf europäischer Ebene, insbesondere bei Ratstagungen. Denn die Parlamente im Heimatland besitzen nur ungenügende Informationsquellen und sind den Ressourcen der großen und gut unterrichteten Ministerialbürokratie unterlegen.

Die Kampagne des Ombudsmannes zur Offenheit richtet sich vor allem auf Ministerrat und Kommission. Dabei sticht seine Forderung nach der zeitlichen Selbstverpflichtung zu einer Antwort hervor.[7] Davon profitieren auch die Interessengruppen. Denn sie sind die stärkste Einzelgruppe unter denjenigen, die einen Zugang zu internen Dokumenten beantragt haben, um sich über die Meinungsbildung innerhalb der Institutionen einen Eindruck zu verschaffen. Im Jahr 1998 richteten sich 30% aller 171 untersuchten Beschwerden gegen nicht erteilte Auskünfte.[8] Einen Etappensieg errang der Ombudsmann mit dem Zugeständnis des Ministerrates, zukünftig zugängliche Listen über alle getroffenen Entscheidungen im dritten Pfeiler zu erstellen.[9] Der Ministerrat veröffentlicht inzwischen zu Beginn einer jeden neuen Präsidentschaft Daten über seine öffentlichen Sitzungen.

Formalisierte Repräsentation von Interessen

Der Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA) verschlankt sich durch eine wichtige Geschäftsordnungsreform. So wird die Anzahl der Sektionen von neun auf sechs reduziert. Das Beratungsgremium nimmt an der Debatte über alle großen Themen teil, wobei es eine Reihe von Kommissaren und nationalen Entscheidungsträgen für Besuche gewinnt. Das Arbeitsprogramm der neuen Vorsitzenden, Beatrice Rangoni Machiavelli, propagiert ein neues Selbstverständnis für die Rolle von Interessengruppierungen, indem sie diese als integralen Bestandteil der „civil society" interpretiert.[10] Die besondere Aufmerksamkeit des WSA gilt auch weiter der Osterweiterung. Der Ausschuß wirbt für den Einbezug der ostmitteleuropäischen Interessengruppen, insbesondere der Beitrittskandidaten, in die Vorbeitrittsstrategie und ihren Aufbau beziehungsweise Stärkung in den Transformationsländern. Zu den Initiativen von Seiten des WSA zählen die Organisierung von Konferenzen, gemeinsame Entschließungen sowie direkte Kontakte.

Der sogenannte soziale Dialog zwischen den Tarifpartnern auf europäischer Ebene ist zwar durch den Beiritt des Vereinigten Königreiches zum Sozialprotokoll und dessen Integration in den Vertrag gestärkt worden, befindet sich aber weiterhin in der Strukturkrise, da die Arbeitgeber eher am Status Quo als an weiteren sozialpolitischen Regelungen interessiert sind und somit häufig die Gespräche boykottieren.[11] Anfang 1999 einigten sich die Sozialpartner allerdings auf einen gemeinsamen Vorschlag über Kurzzeitverträge, der längerfristige Verträge erzwingen soll.[12] UEAPME, ein Interessenverband für kleine und mittlere Unternehmen, hat die Repräsentativität von UNICE, dem Arbeitgeberverband, bereits vor dem EuGH angefochten, ist derzeit jedoch selbst mit neuen Konkurrenten konfrontiert.[13]

Trends in der Interessenrepräsentation in Brüssel

Auffällig ist der sich verstärkende Begriffswandel des Lobbyings von einer strikten Einflußnahme auf politische Entscheidungen zur Vorbereitung einer erfolgreichen Antragstellung um Gelder aus dem EU-Haushalt bis zur Schaffung von neuen Haushaltslinien.[14] Dies reflektiert die Zunahme von Beratungsbüros, die Antragsteller für Projektgelder aus den europäischen Töpfen gegen Bezahlung unterstützen.[15] Die Europäische Kommission unterstreicht dies durch Hilfestellungen, wie neue zentrale Datenbanken für PHARE, TACIS und SINCOM.

Darüber hinaus schreitet die Ausbildung einer regelrechten „Lobbyindustrie" fort, die sich auf die Unterstützung von Einflußnahme spezialisiert. Dazu gehören kommerzielle Institute, die Kurse und Seminare zu den Techniken und wichtigsten Politikfeldern anbieten, aber auch Forschungsinstitute. Die etablierten „public affairs"-Büros, aus der angelsächsischen Tradition stammend, veranstalten Seminare zum Themenkreis und der Methodik von Lobbying. Jährlich erscheinen eine Vielzahl von Referenzbüchern, welche auf Verbandsvertreter und Dienstleister ausgerichtet sind. Auch werden ausgesprochene Lobbyführer herausgegeben.[16]

Eine weitere Verflechtung der EU-Dienststellen mit den politischen Adressaten ihrer Politik findet insbesondere auf sozialpolitischem Gebiet statt. Dort etablieren sich mit den Foren und Netzwerken neue Formen der politischen Einflußnahme. Die Foren sind entweder Plattformen für Nichtregierungsorganisationen (NGO) oder eigenständige Organisationen. Die prominentesten Beispiele unter ihnen sind die europäische Frauenlobby, das Anti-Armut Netzwerk, das Jugend Forum oder die Plattform europäischer sozialer NGO. Sie unterstützen vor allem die Europäische Kommission bei der Formulierung und Evaluierung ihrer politischen Regelungen. Hierin zeigt sich am deutlichsten die Haltung der Kommission, welche die Diskussion mit Experten als pars pro toto für den Dialog mit den Bürgern begreift. Die Kultur der Konsultation ist kaum formalisiert. In ihrem Rahmen wurden im Jahr 1999 lediglich zwei Grünbücher und ein Weißbuch vorgelegt.[17]

Auf der Ebene der Verbände und NGO ist ein Trend zur geographischen Expansion zu beobachten. Motoren dieser Tendenz sind die anstehende EU-Osterweiterung und die Globalisierung. Stand früher der Aufbau von NGO und Interessenvereinigungen im Vordergrund, so können heute auch ihre Mitgliedschaften

in Euroverbänden sowie individuell auf EU-Lobbying zugeschnittene Praktika finanziert werden. Doch noch immer zögern die europäischen Spitzenverbände, nationale Verbände aus den mittel- und osteuropäischen Ländern aufzunehmen.

Zu einem engen Kontakt mit den Interessenvertretungen in den USA kommt es durch die Intensivierung des Warenaustausches. Ein typischer Fall sind die Beschwerden von US-Verbänden über mit US-Standards inkompatible EU-Normierungen, wodurch sie zu einem Engagement in Brüssel gezwungen sind. Das eröffnet der „public affairs" -Industrie einerseits Wachstumsmöglichkeiten, fordert sie andererseits aber auch zu einer Erweiterung ihres Know-hows heraus.[18] Zudem ist die Kommission durch den beschleunigten Abschluß von Freihandelsabkommen immer mehr auf die Expertise von Verbänden angewiesen.

Zur Aktivität sehen sich aus unterschiedlichen Gründen zunehmend auch öffentliche Akteure gezwungen. Die Mitgliedstaaten haben besonders im Vorfeld der Neuverhandlung über die Finanzierung der Union für ihre Positionen geworben – bei der eigene Öffentlichkeit, bei den Partnerstaaten sowie in Kommission und Parlament. Regierungen von Drittstaaten, vor allem aus den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL), versuchen Einfluß auf die Meinungsbildung in allen EU-Institutionen zu nehmen. Dies zeigt sich auch bei den Verhandlungen zwischen der Kommission und den AKP-Staaten für eine neue Regelung der Zusammenarbeit nach 2005. Und schließlich sind die EU-Dienststellen selbst anzuführen, die ihre institutionellen Interessen zu vertreten haben, wie dies derzeit der Beratende Ausschuß für die Zeit nach Auslauf des EGKS-Vertrags vorführt.[19] Durch ihre Einflußnahme entstehen neue und fluktuierende Koalitionen.

Erste Zeichen einer Überhitzung des Systems der Interessenpräsentation zeigen sich zunehmend. Durch den Zustrom von Interessenvertretern mit der Binnenmarktgesetzgebung ist es zur Differenzierung der Verbandslandschaft gekommen, die nun zu einer Vielfachrepräsentation von Interessen, also einer Überlagerung der Zuständigkeit und somit zum gegenseitigen Streitigmachen der Einflußnahme führt. Das zeigt sich besonders bei den Regionalbüros, wo auch noch horizontale Koalitionen und Schirmorganisationen entstehen, beispielsweise bei der Vertretung des Ostseeraums. Gerade bei den Gebietskörperschaften stehen inzwischen die Imagepflege und Repräsentationspflichten im Vordergrund, was angesichts der Abnahme der Zahl von Reglementierungen immer deutlicher wird.

Das Instrumentarium der Interessenvertreter

Obwohl die Methodik der Einflußnahme kaum Veränderungen unterworfen ist, lassen sich einige Akzentverschiebungen beobachten, die vor allem mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zusammenhängen. Zunächst drücken die Möglichkeiten des Internets den Kontakten ihren Stempel auf: hier sind die schnellen Zugriffsmöglichkeiten auf Informationen für die politischen Entscheidungsinstanzen zu nennen, die sich nun schneller und somit auch mehr Kenntnisse über die Betroffenen und die Politikbereiche aneignen können; die Webseiten der

EU-Dienststellen sind allerdings eher auf Öffentlichkeitsarbeit ausgerichtet und weniger am Dienst des politischen Dialoges orientiert.

Mit der zunehmenden Technisierung der Regelungsmaterie organisieren Verbände und Beratungsbüros immer häufiger interessengeleitete Informationsveranstaltungen, zu denen Experten und Entscheidungsinstanzen gleichermaßen eingeladen werden. Gutachten spielen für Beamte ebenso eine große Rolle, da sie sich erst hierüber über die Tiefe des Gegenstands und die möglichen Konsequenzen informieren können.

Weiterhin werden alle Zugangsmöglichkeiten genutzt, sowohl die national-europäische Doppelstrategie als auch – bei Einzelinteressen – die Einflußnahme über Verbände und in eigener Verantwortung.[20] Die europäischen Spitzenverbände haben eine interne Arbeitsteilung, indem sie selbst das Lobbying bei Kommission und Parlament übernehmen, die nationalen Mitgliedsverbände die Einzelstaaten und den Ministerrat.

Aktuelle Schauplätze der Einflußnahme

Das Jahr 1998 hat gegenläufige Tendenzen bei den Aktivitäten von Interessenvertretungen hervorgebracht. Angesichts der Debatte über die Agenda 2000 und der von ihr anvisierten Reformen waren die Gruppen auf den Plan gerufen, die ihre Stellung bei den investiven Gemeinschaftspolitiken erhalten wollen. Dazu zählen insbesondere die Landwirte und Vertreter der Fördergebiete im Rahmen der Strukturfonds. Auf der anderen Seite verzögerten sich viele Gesetzgebungsvorhaben durch das reduzierte Arbeitsprogramm der Santer-Kommission, ihren Rücktritt und die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament.

Bezüglich der Intensität des Lobbyings, der Vielfalt von Akteuren und Emotionalisierung der öffentlichen Meinung ergab sich bei der Frage der Neuauflage der Richtlinie 90/220 (Lizenzierung von genetisch veränderten Organismen) eine neue Dimension der Interessenvertretung. Die Spaltung durchzieht alle beteiligten Gremien, wobei sich die Lobbyisten bei dem Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens auf die jeweils zuständige Institution stürzen: die Kommission und ihre Spitze ist über das Thema gespalten und kämpft zudem noch mit der Frage, ob sie Österreich und Luxemburg verklagen muß, da diese durch einseitige Verbote gegen geltendes EU-Recht verstoßen haben; die Umweltlobby gründet Aktionsbündnisse, propagiert zunächst langjährige Moratorien auf Ebene einzelner Mitgliedstaaten, dann der gesamten EU, und droht schließlich mit strafrechtlicher Verfolgung bei zukünftigen Schäden für die menschliche Gesundheit; unter dem Druck seines fundamentalistischen Umweltausschusses verwässert das EP die Vorschläge der Kommissarin Ritt Bjerregaard; und schließlich versucht sich die deutsche Präsidentschaft des heiklen Themas durch Ignorieren unter Vorgabe der baldigen EP-Wahlen zu entziehen. Die diametral unterschiedliche Haltung der Lager und die Mobilisierung der öffentlichen Meinung, insbesondere von Seiten der Umwelt-

lobby, verursacht einen Stillstand des Gesetzgebungsverfahrens.[21] Dazu kommt noch die Debatte um die Biopatentierung, wodurch sich die biotechnologische Industrie ein Recht auf die alleinige Nutzung von genetischen Patenten sichern will. Die „Biopiraterie" ,durch die Verfahren und Produkte der Dritten Welt auf die Agroindustrie der entwickelten Welt rechtlich überschrieben werden sollen, wird von der Umweltlobby ohne Erfolg angeprangert.[22]

Die größte öffentliche Aufmerksamkeit erhielten weiterhin soziale Themen und Verbraucherfragen. Dabei lassen sich Abgeordnete des EP leicht von Interessengruppen gewinnen und unterstützen deren Kampagnen. Beispiele dafür sind Schutzmaßnahmen für Kinder, Drogensucht oder der Tierschutz. Das Thema Menschenrechte besetzen die Parlamentarier ebenso.[23] Die Verbraucherinteressen können sich zum einen durch ihre größere Berücksichtigung im Gefolge des BSE-Skandals besser durchsetzen. Zum anderen spielt aber auch das EP eine prominentere Rolle, bedingt durch die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens und seine (bis zu den Wahlen vom 10. und 13. Juni 1999) traditionell sozialdemokratische Mehrheit. Dies zeigt sich bei der Festlegung von Höchstwerten für Autoabgase, im Zuge dessen die Kommission mit der Autoindustrie einen „Runden Tisch" bildet.[24] Das Verbot der Tabakwerbung ist ein weiteres Beispiel.[25]

Im Gegensatz dazu werden die Bemühungen der Großindustrie kaum in die Öffentlichkeit getragen. Beim Energiesektor, der im Februar 1999 durch die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes in eine neue Ära getreten ist, sind Unternehmen, welche dadurch einen Teil ihre angestammten Märkte verlieren werden, bislang erfolglos bei ihren Versuchen geblieben, eine Kompensation zu erhalten.[26] Bei den für 2000 bzw. 2003 anvisierten Liberalisierungen des Gasmarktes und des Postverkehrs dagegen positionieren sich bereits die betroffenen Branchen.

Ein Lehrstück erfolgreichen Lobbyings bietet die Musikindustrie im Fall der copyright-Richtlinie für digitale Nutzung. Die Kommission verschärft in ihrer Vorlage noch das kontrollierende Element der WIPO-Konvention (World Intellectual Copyright Organisation), welche dem Schutz der Produzenten vor den technischen Möglichkeiten des Internets Priorität einräumt. Die Musikindustrie, die sich gegen die Interessen der Verbraucherverbände und der Telekommunikationsfirmen stellt, wird öffentlichkeitswirksam von Musikern vertreten, die für ihre Lobbykampagne sogar einen europäischen Wettbewerb erfinden. Schließlich stimmt das EP auch ihren extremeren Forderungen zu, wonach Musiker für das Kopieren zu privaten Zwecken kompensiert werden.[27]

Das Gebiet der Telekommunikation ist aufgrund des rasanten technischen Fortschrittes regulatorisches Neuland. Die Kommission bezieht hier die Interessengruppen bei der Erarbeitung von Vorschlägen mit ein. Bei der Frage der Konvergenz der Medien Fernsehen und Computer haben 270 Organisationen das Grünbuch kommentiert.[28] Interessengruppen entscheiden auch über den kommissionsinternen Streit in der Frage eines besonderen Verbraucherschutzes beim elektronischen Geschäftsverkehr.[29]

Die Mitgliedstaaten haben im vergangenen Jahr zugunsten ihrer Industrie und eigener nationaler Interessen agiert. So vermochte die duty free-Lobby eine

Koalition der betroffenen Länder zu formen, die eine massive Kampagne gegen den Beschluß des Ministerrates für eine Beendigung dieser Regelung startete.[30] Trotz der Bemühungen der österreichischen und der deutschen Präsidentschaft und entgegen den Anforderungen des Klimagipfels in Kyoto kommen die bereits sieben Jahre dauernden Planungen zur Einführung einer Ökosteuer nicht voran, da einzelne Länder dies ihrer Industrie nicht zumuten wollen. Die Planung zur Einführung eines 20%-Standards bei der Vermögenssteuer, womit den über 40 Steuerparadiesen in den EU der Boden entzogen werden soll, wurde von einer Koalition von Staaten bereits auf Ebene der Vorschlagserarbeitung durch die Kommission verwässert. Dabei traten Luxemburg und Großbritannien zugunsten ihres Bankensektors an, Dänemark, Schweden und die Niederlande versuchten Steuereinnahmen zu retten. Vorschläge zur weiteren EU-weiten Steuerharmonisierung haben gegen den Schutz nationaler Systeme kaum eine Chance.[31] Weitere Beispiele sind die Verteidigung ihrer Verpackungsvorschriften für Getränke durch die deutsche Regierung, die Bemühungen der britischen Regierung, den Importstopp britischen Rindfleisches auf dem europäischen Markt aufzuheben, der Schutz ihrer wettbewerbsfähigen Kohleindustrie gegen deutsche Subventionen für deren heimische Produktion oder der deutsch-österreichische Propagandafeldzug für die Beibehaltung der Buchpreisbindung. Der erfolgreiche Lobbyfeldzug der US-amerikanischen Industrie, die Verpflichtung zur Einführung des metrisches Systems für eigene Exportprodukte zu verzögern, zeigt, daß auch Regierungen von Drittstaaten die Einflußnahme ihrer Industrie unterstützen.[32] Daneben treten Mitgliedstaaten aber auch für eigene Überzeugungen und nationale Modelle mit dem Ziel ein, diese für die gesamte EU verpflichtend zu machen. Das steht hinter der französischen Weigerung, die weiteren Liberalisierungsbemühungen durch das Multilaterale Abkommen für Investitionen zu unterstützen.[33]

Anmerkungen

1 Progress report on implementation of MAP 2000 as part of the „Tomorrow's Commission" reform process v. 2.12.1998, S. 11f.

2 Managament of External Support Offices, SEK (98) 1217; Leitfaden für die Verwaltung von Finanzhilfen, 10.12.1998.

3 MEPs to back code of conduct plan, in: European Voice v. 2.7.1998, S. 10; Der Europäische Bürgerbeauftragte, Jahresbericht 1998, S. 21f.

4 Agencies told to put their financial houses in order, in: European Voice v. 15.10.1998, S. 19.

5 Corbett, Richard: Report on the amendments to be made to the rules of procedure, 19.2.1999, PE 229.204/fin.; Protokoll vom 11.3.1999, Statut der Beamten und sonstigen Bediensteten der EG.

6 EU parliaments on net, in: European Voice v. 11.6.1998, S. 6.

7 Call for code on public's right to a reply, in: European Voice v. 3.12.1998, S. 3

8 Der Europäische Bürgerbeauftragte, Jahresbericht 1998, S. 371

9 Ombudsman wins victory for public in openness battle, in: European Voice v. 28.1.1999, S. 3

10 CES Info, 7/8 (1998), S. 3; ebd. 12 (1998), S. 1f. Vgl. zum Wirtschafts- und Sozialausschuß auch den gleichnamigen Beitrag in diesem Band.

11 Boockmann, Bernhard: Insider-Interessen dürfen nicht einiziger Maßstab sein, in: EU-Magazin, 12 (1998), S. 33ff.

12 Fixed-term contract staff to get new rights, in: European Voice v. 25.2.1999, S. 6.

13 UEPME confident of role in social dialogue, in: European Voice v. 3.9.1998, S. 7; New

body lobbies for small firms, in: ebd. v. 21.,1.1999, S. 28.

14 Angres, Volker; Claus-Peter Hutter; Lutz Ribbe: Bananen für Brüssel, München 1999, S. 85 u. S. 139.

15 Unternehmen und Verbände suchen neue Wege der Interessenvertretung in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 18.12.1998.

16 (a) European Centre for Public Affairs oder European Institute for Public Affairs and Lobbying; Institut Europèen d'administration publique; (b) z.B. Entente mit „Pressure Politics": Industry's response to the pressure group challenge; (c) z.B. The European companion; (d) Wolfgang A. Dietz; Barbara Fabian: Das Räderwerk der Europäischen Kommission, Bonn 1999.

17 Punkt 1038, Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union 1998.

18 Cassidy, Gerald: Public affairs business goes global, in: European Voice v. 4.3.1999, S. 14.

19 Memorandum of the ECSC Consultative Committee on matters connected with the expiry of the ECSC treaty in 2002 in: Official Journal C 206 v. 11.8.1995, S. 7-12.

20 Beschreibung von Beispielen bei Joos, Klemens: Interessenvertretung deutscher Unternehmen bei den Institutionen der Europäischen Union, Berlin 1998, S. 147ff.

21 Genetic crop Policy shows dissent, in: European Voice v. 28.5.1998, S. 20; Setback for GMO plan, ebd. v. 28.1.1999, S. 1 u. 3; MEPs Say political vacuum must be filled, ebd. v. 18.3.1999, S. 3.

22 Ethical debate key to industry's future, in: European Voice v. 26.11.1999, S. 13.

23 Santer in firing line on human rights funding in: European Voice v. 12.11.1998, S. 6.

24 Deal casts doubt on Auto-Oil II talks, in: European Voice v. 2.7.1998, S. 8; „Auto-Oil" style talks possible on new packaging waste legislation, ebd.v. 8.10.1998, S. 7.

25 Cigarette industry hit by EU pincer move, in: European Voice v. 7.5.1998, S. 3; Angres et al., a.a.O., S. 226ff.

26 Power companies left in the dark over market opening, in: European Voice v. 3.12.1998, S. 2.

27 European Voice v. 4.2.1999, S. 16f.; Mixed reaction to vote on copyright, in: European Voice v. 11.2.1999, S. 4.

28 Commission to go back to industry on proposals for audio-visual „convergence", in: European Voice v. 23.7.1998, S. 22.

29 Battle rages over protection for consumers who shop on the net, in: European Voice v. 25.10.1998, S. 7.

30 Industry abandoning hopes of a reprieve, in: European Voice v. 18.3.1999, S. 27.

31 London wages phoney war over tax, in: European Voice v. 3.12.1998, S. 11; Bonn undermines Monti's pan-EU savings tax plan, ebd. v. 25.2.1999, S. 5.

32 Industry claims victory in battle over delay to metric-only lables in: European Voice v. 14.1.1998. S, 2.

33 French threat to talks on investment rules, In: European Voice v. 15.10.1998, S. 9.

Weiterführende Literatur

Angres,Volker; Claus-Peter Hutter; Lutz Ribbe: Bananen für Brüssel, München 1999.

Dietz, Wolfgang A.; Barbara Fabian: Das Räderwerk der Europäischen Kommission, Bonn 1999.

Greenwood, Justin: Regulating lobbying in the European Union in: Parliamentary Affairs 4 (1998), S. 5887-5899.

Joos,Klemens: Interessenvertretung deutscher Unternehmen bei den Institutionen der Europäischen Union, Berlin 1998.

Michaelowa, Alex: Climate policy and interest groups in: Intereconomics 6 (1998), S. 251-259.

Pijnenburg, Bert: EU lobbying by ad hoc coalitions: an exploratory case study in: Journal of European Public Policy 2 (1998), S. 303-321.